

Schwedter Tageblatt

Verständigungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Pierraden

Frankfurter Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abnahme aus der Geschäftsstelle 1,50 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,60 M. für den Monat. Für Postbesteller Bestellgeld besonders.



Postfachkonto Berlin 89142.

Anzeigen werden die tägliche Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Anzeigen werden keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen - Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 123

Mittwoch, den 27. Mai 1925

32. Jahrgang

Chronik des Tages.

— In Breslau wurde ein Baugerüst von einem Auto-
bus eingerissen. Die auf ihm arbeitenden Handwerker
wurden in die Tiefe gerissen und drei von ihnen waren
sodort tot.
— Auf der internationalen Waffenhandelskonferenz
in Genf trat Deutschland für ein Verbot des Gaskrieges ein.
— Nach Pariser Meldungen wird die Vorkonferenz
den Wortlaut der an Deutschland zu richtenden Ent-
waffnungsnote nicht vor kommenden Sonnabend festlegen.
— Die französische Front in Marokko mußte an ber-
schleichen Stellen zurückverlegt werden.
— Der König von Bulgarien hat das Todesurteil
gegen die Urheber des Bombenattentats in der Kathedrale
von Sofia bestätigt.

Das Polarflug-Kästel.

Amerikanische Hilfsexpedition für Amundsen?
Die völlige Ungevißheit, die nun schon seit fünf
Tagen über Amundsens legendärem Nordpolfluge liegt,
spannt die Nerven der Welt auf eine ganz ungewöh-
nliche Folter, wie es sich in zahlreichen Meldungen
widerspiegelt. Daß unter einer solchen Atmosphäre
die widersprechendsten Gerüchte und Vermutungen ge-
deihen, braucht nicht zu verwundern. Auch die Frage
der Rettungsexpedition war während der letzten
Stunden von den widersprechendsten Gerüchten um-
schwirrt. Es scheint aber nun doch festzustehen, daß
Amerika angeichts der großen Befürchtungen, die das
Ausbleiben eines Lebenszeichens ausgelöst hat, nach
dieser Richtung hin etwas unternommen wird.

Nach einer Meldung von Herald and Tribune
aus Washington ist die amerikanische Marine durchaus
vorbereitet, gegebenenfalls sofort eine Hilfsexpedition
für Amundsen mit der Shenandoah oder der Los An-
geles (vorher Z. N. 3) zu unternehmen. Der Tender
Katoka mit dem Ankermast würde vorher in die Dis-
tributoren auf Grönland entsandt werden.

Aus San Diego (Kalifornien) meldet man, daß
Hans Hansen, der Neffe des berühmten Forschers,
die Absicht ankündigt, eine Sammlung zu veran-
stalten, um eine Hilfsexpedition auszurüsten, deren
Zweck es sein soll, nach Amundsens Verbleib zu
forschen.

Auf Skien nach dem Pol?

Norwegens Sachverständige neigen, einer Osloer
Meldung zufolge, zu der Auffassung, daß die Amund-
sen-Expedition den Pol nicht erreicht hat und daß
sie jetzt, nachdem der Flug in der Nähe des Pols
unterbrochen werden mußte, versuchen, den Pol auf
Skien zu erreichen. In der großen Öffentlichkeit Nor-
wegens und Dänemarks ist man ernstlich um Amund-
sens Schicksal besorgt, während dagegen Frithjof Na-
sen geäußert hat, daß nicht der geringste Grund zu
Befürchtungen vorliege. Eine Verspätung von einigen
Tagen habe gar nichts zu bedeuten. Es könne so viel
Unvorhergesehenes geschehen, das die Rückkehr ver-
zögere. Amundsen sei der Mann, auch die größten
Schwierigkeiten überwinden zu können. Er habe mit
allen Zufallsmöglichkeiten gerechnet. Selbst wenn
einem der beiden Flugzeuge etwas zugestoßen sein
sollte, so wäre das andere imstande, alle Expeditions-
mitglieder zurückzubefördern.

Das arktische Gebiet vom Sturm bedroht.

Einer New Yorker Meldung zufolge erwarten die
Meteorologen für das arktische Gebiet ein Sturm-
wetter, das sich von Nordrußland über Sibirien auf den Nord-
pol erstrecken werde. Amundsen müsse von dem Sturm
Kenntnis haben und unverzüglich zurückkehren, wenn
er dazu in der Lage sei. Sollte das in den nächsten
Stunden nicht geschehen, wäre der Beweis erbracht,
daß Amundsen keine Möglichkeit mehr habe, vom Nord-
pol zurückzukehren. Die Mannschaften beider Begleit-
schiffe seien durch das Ausbleiben jeglicher Nachricht
hart nervös geworden.

Die Folgen von Versailles.

Die Selbstmorde bei der Reichswehr.

Eine der traurigsten Begleiterscheinungen der Um-
wandlung des deutschen Volksherees in ein Berufs-
heer ist die erschreckend hohe Zahl von Selbstmorden bei der
Reichswehr, eine Begleiterscheinung, die, wie so vieles
andere, ihre letzte Ursache in den Bestimmungen des
Versailler Friedensvertrages hat. Im Haushaltsaus-

schuß des Reichstages war dieses erschütternde Kapitel
der Gegenstand einer umfangreichen Erörterung.

Wie der Berichterstatter, Abg. Stäcker (Soz.)
ausführte, sind im Jahre 1923 bei 20—23 jährigen
Soldaten insgesamt 127 Selbstmorde vorgekommen.
Bei vier Soldaten sei Mißhandlung als Grund an-
gegeben. Ein Vertreter des Reichswehrministeriums
gab eine Statistik der Selbstmorde für 1924. In
diesem Jahre beträgt die Zahl der Selbstmorde in der
Reichswehr 160, darunter 27 Selbstmordversuche. Am
gefährlichsten erscheint auch hier das Alter von 20
bis 23 Jahren, in dem die meisten Soldaten die Krisis
ihrer Laufbahn erleben.

Dem Dienstgrad nach sind an den Selbstmorden
beteiligt: 1 Oberleutnant, 1 Leutnant, 24 Unteroffi-
ziere, 36 Gefreite und 98 Mannschaften, dem Bekennt-
nisse nach 130 evangelische und 30 katholische. Wie
schon in der Statistik für 1923 sich herausgestellt hat,
handelt es sich bei den Selbstmördern fast durchweg
um Leute von guter Führung, die für ihre Lauf-
bahn als Soldaten noch alles zu verlieren hatten.
Die Nachweisungen für 1924 verstärken gegenüber
denen für 1923 noch den Eindruck, daß

die Länge der Dienstzeit

als mitwirkende Ursache für die Selbstmorde anzu-
sprechen ist. Bei der Beurteilung der Selbstmord-
ziffern darf nicht übersehen werden, daß gerade die
Soldaten in dem gefährdeten Alter von 20 bis 23
Jahren während des Krieges und in der Nachkriegszeit
unter den ungünstigsten Erziehungsbe-
dingungen herangewachsen sind.

Reichswehrminister Dr. Geßler

erklärte, er sei ganz einverstanden damit, den pa-
lamentarischen Beirat zur Prüfung der
Selbstmorde in der Reichswehr heranzuziehen. Nicht
jeder Fall könne dort sofort behandelt werden, weil
eben die gerichtliche Unterjurung zunächst einsehe.
Bei den Selbstmorden spielten sicherlich seelische und
ökonomische Faktoren mit. Die Vermehrung der er-
höhten Stellen werde ökonomisch eine Besserung der
Verhältnisse der Mannschaften herbeiführen.

Schlimm sei die lange Dienstzeit, die Verpflich-
tung auf 12 Jahre. Probeeinstellungen seien nicht
möglich, weil in Spaa dem Deutschen Reich eine
Probeeinstellung seiner Soldaten abgelehnt worden ist.
So hätte man keine Möglichkeit, den Mann, der ein-
gestellt werden soll, auf seine Befähigung für den
Dienst zu erproben. Man müßte ihn vom ersten
Tage an behalten.

Trotzdem glaubte der Minister sagen zu können,
daß wir tatsächlich sozialethische Fortschritte gemacht
haben und die etwa bestehenden Mängel überwinden
werden.

Die Kreditnot der Landwirte.

800 Millionen Kreditsschulden der preussischen Land-
wirtschaft.

Anlässlich der Beratung des Landwirtschafts-Haus-
haltes kam im Hauptausschuß des Preussischen Land-
tages eingehend die Frage der Kreditnot der Land-
wirte zur Sprache. Landwirtschaftsminister Steiger
bezeichnete die Kreditnot der Landwirtschaft als sehr
drückend. Im kommenden Herbst seien von der preu-
sischen Landwirtschaft rund 800 Millionen Mark Kre-
dite zurückzuführen. Die gesamte Getreideernte werde
aber höchstens 10,5 Millionen Tonnen betragen. Da
nur die Hälfte zum Verkauf kommt, so erzielt die
Landwirtschaft im Herbst eine Einnahme von rund
1 Milliarde Mark. In der Zuckerrübenwirtschaft ist
die Rentbank überhaupt kein Geld vorhanden. So bleibe
die Rentbank die einzige Hoffnung. Die Zölle seien
sehr maßvoll, besonders wenn man berücksichtige, daß
die deutsche Landwirtschaft die ganze Vorausbelastung
durch die Umsatzsteuer zu tragen habe.

Landwirtschaft und Kapitalwert.

In Dresden stimmte die Vereinigung der Nord-
und Mitteldeutschen Landwirtschaftskammer zur Frage
der Steuergesetzgebung einer Entscheidung zu, die
von den Beschlüssen des Reichstages die künstliche
Schaffung von Werten befürchtet, deren Realisierung
sich bei der Fälligkeit nicht ermöglichen lassen wird.
In der Aufwertung von Hypotheken, die zu-
folge der Kündigung des Gläubigers gelöscht sind,
erklärt sie eine wirtschaftlich nicht gerech-
fertigte Maßnahme. Gegen den Gedanken einer
darauf hinausgehenden Besteuerung der Vermögens-

erhaltung legt sie entschieden Verwahrung ein.
Für die gesamte Wirtschaft hält sie die schleunigste
Verabschiedung der dem Reichstage vorliegenden
Steuergesetze für erforderlich.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 27. Mai 1925.

— Der böhmische Ministerpräsident Dr. Feld hat
in Begleitung des deutschen Gesandten in Wien dem schwe-
zerischen Bundespräsidenten Müßy einen Besuch abgestattet.

— Der frühere deutsche Gesandte in Budapest, Graf
Egon v. Fürstberg-Stammheim, ist im Alter
von 55 Jahren auf seiner Besichtigung bei Schwarzau in
Niederösterreich gestorben. Der Verstorbene war der erste
diplomatische Vertreter Deutschlands in Budapest nach dem
Weltkriege.

— Der sächsische Landtag hat nach einer Dauer-
sitzung von nahezu 22 Stunden die von den Linkssozialisten
und Kommunisten aufs schärfste bekämpfte Abänderung des
Gemeindeordnung in zweiter Lesung angenommen.

— Die Besteuerung der Spekulationsgewinne. Der
Steuerausschuß des Reichstages beschloß bei der Be-
ratung des Einkommensteuergesetzes die Besteuerung
der Spekulationsgewinne in folgender Form:

Einkünfte aus Veräußerungsgeschäften unterliegen
der Besteuerung nur, wenn sie als Spekulationsgewinne
anzusehen sind. Als Spekulationsgewinne können nur
Veräußerungsgeschäfte angesehen werden,

1. wenn der Zeitraum zwischen Anschaffung und
Veräußerung
a) bei Grundstücken weniger als zwei
Jahre,
b) bei anderen Gegenständen, insbesondere
Wertpapieren, weniger als drei Monate
beträgt, oder

2. wenn es sich um Geschäfte handelt, bei denen
der Erwerb der Veräußerung zeitlich folgt.

Einkünfte aus Veräußerungsgeschäften bleiben
steuerfrei, wenn der im Steuerabschnitt aus Ver-
äußerungsgeschäften erzielte Gewinn insgesamt weniger
als 1000 M. beträgt.

— Reichsregierung und Beamtengehälter. Die
Reichsregierung hat die Entschlieung des Reichstages
vom 4. April beantwortet, in der um Prüfung er-
sucht wurde, ob und auf welcher Grundlage die Bezüge
der Beamten eine Erhöhung erfahren könnten. Die
Denkschrift kommt nach ausführlichen Darlegungen
über die jetzigen Bezüge der Beamten und über die
Auswirkungen einer allgemeinen Beamtengehälter-
erhöhung zu dem Schluß, daß die Reichsregierung mit
Rücksicht auf die Finanzlage der öffentlichen Körper-
schaften, insbesondere der Reichsbahn, die allgemeine
Wirtschaftslage und die wirtschaftliche Lage der großen
Masse der übrigen Arbeiterschaft die Verantwortung
für eine Erhöhung der Beamtenbezüge im gegenwärtigen
Augenblick nicht übernehmen könne.

— Der preussische Barmer-Ausschuß hat seine Ar-
beiten wieder aufgenommen. Der größte Teil der Ber-
handlungen wurde durch die Vernehmung des Ober-
finanzrats Dr. Rühle von der Preussischen Staats-
bank (Seehandlung) ausgefüllt, der die Staatsbank-
kredite kritisierte und später auch vorübergehend Bar-
mers bearbeitet hatte. Wie erinnerlich, wurde Dr.
Rühle Mitte Dezember, kurz nach der Verhaftung Kuti-
skers, ebenfalls festgenommen und befand sich viele
Wochen hindurch in Untersuchungshaft, aus der er
im März entlassen wurde. Seine Vernehmung ergab
an sich nichts Wesentliches. Er verjagte seine Ver-
antwortung einerseits auf die Beamten der Lombard-
abteilung, andererseits auf das Generaldirektorium der
Seehandlung abzuwälzen, dem er alle Verträge mit
Kutisker vorgelegt hatte.

— Neue Reichsgesetze. Im Haushaltsausschuß des
Reichstages kündigte bei der Weiterberatung des Innen-
etat's Reichsminister Schiele an, daß das Reichs-
schulgesetz in 14 Tagen dem Kabinett zugehen
wird. Es wird dann unverzüglich an Reichsrat und
Reichstag weiter geleitet werden. Ferner werden zwei
Gesetzentwürfe über das Beamtenrecht demnächst dem
Reichstag beschickten, nämlich eine Dienst-Erstat-
tung für Reichsbeamte und ein Beamtenvertretungs-
Gesetz, das für die Beamten aller öffentlichen Kör-
perschaften gelten soll. — Einen Entwurf zum Be-
amtenvertretungs-Gesetz hat die Reichsregierung dem
Reichstage bereits im Sommer 1921 vorgelegt. Da
im Reichstagsausschuß eine Einigung nicht zustande
kam, so ist ein neuer Entwurf aufgestellt, der zurzeit
dem Kabinett vorliegt. Mit der Bearbeitung eines
alle Gebiete erschöpfenden Reichsbeamten-Gesetzes sind
die zuständigen Ministerien zurzeit beschäftigt.